



Sehr geehrte, liebe Kolleg*innen,

mit dem vorzeitigen Aus der Ampel-Regierung sind auch einige Gesetzesvorhaben auf der Strecke geblieben, die die psychotherapeutische Versorgung konkret betreffen, wie beispielsweise die eigene Bedarfsplanung für Kinder und Jugendliche und vor allem Regelungen zur Finanzierung der Weiterbildung der künftigen Fachpsychotherapeut*innen. Nur mit einer gesicherten Finanzierung kann die Weiterbildung sachgerecht durchgeführt werden und damit die psychotherapeutische Versorgung der Zukunft gesichert werden.

Zu der nun anstehenden vorgezogenen Bundestagswahl hatten wir den demokratischen Parteien im Bundestag (*) Wahlprüfsteine zur Beantwortung gesandt. Die Parteien SPD/BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/FDP/CDU/CSU/Die Linke haben sich aber parteiübergreifend darauf geeinigt, *„angesichts der sehr verkürzten Zeitläufe in diesem Bundestagswahlkampf (...) nur Wahlprüfsteine von einigen wenigen vorab gemeinsam vereinbarten, die gesamte Breite des gesellschaftlichen Spektrums repräsentierenden Verbänden und Organisationen zu beantworten.“* Da gehörten wir als Berliner Psychotherapeut*innenkammer nicht dazu.

Wir haben uns deshalb im Vorstand und mit der Redaktion darauf verständigt, dass wir Ihnen, unseren Mitgliedern, Zitate aus den Wahlprogrammen der Parteien zusammenstellen, die sich konkret auf die psychotherapeutische Versorgung beziehen.

Bei unserer Wahlentscheidung kann uns als Psychotherapeut*innen insbesondere auch unsere Berufsordnung Orientierung geben: in §1 (2) heißt es z. B. *„Sie (die Psychotherapeut*innen) beteiligen sich (...) an der Erhaltung und Weiterentwicklung der ökologischen und soziokulturellen Lebensgrundlagen im Hinblick auf ihre Bedeutung für die psychische Gesundheit der Menschen.“* Weiter in §3: *„(3) Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten haben die Würde ihrer Patientinnen und Patienten zu achten, unabhängig insbesondere von Geschlecht, Alter, sexueller Orientierung, sozialer Stellung, Nationalität, ethnischer Herkunft, Religion oder politischer Überzeugung“* und *„(4) Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten beachten die Menschenrechte (...)“*. Diese Aspekte sind alle von grundsätzlicher Bedeutung für den Erhalt oder die Wiedererlangung von psychischer Gesundheit, für die wir uns als Psychotherapeut*innen in unseren Behandlungen, aber auch gesellschaftlich einsetzen.

Der 44. Deutsche Psychotherapeutentag bekannte sich in einer Resolution zu demokratischen Werten und Vielfalt sowie Freiheit und Toleranz als zentrale Werte unseres Berufsstandes:

„Menschlichkeit und Respekt kennzeichnen unser professionelles Selbstverständnis. (...) Diffamierung, Stigmatisierung, Rassismus und Volksverhetzung müssen (...) auch als Gefahr für die psychische Gesundheit klar benannt werden und dürfen weder verharmlost noch zur Normalität werden.“ heißt es in der Resolution.

Wir positionieren uns als Psychotherapeut*innen für Demokratie, Vielfalt und Toleranz, weil es um die psychische Gesundheit der Menschen geht und weil Psychotherapie einen freien und geschützten Raum braucht, in dem offen und mit Vertrauen gesprochen werden kann, um wirken zu können.

In diesem Sinne wünsche ich uns allen eine gute Wahl am 23. Februar!

Ihre



Eva Schweitzer-Köhn
Präsidentin der PtK Berlin

Inhaltsverzeichnis

- » Wahlprüfsteine der PtK Berlin
- » CDU/CSU
- » SPD
- » Bündnis 90/Die Grünen
- » FDP
- » Die Linke
- » BSW
- » Für eine offene Kultur & Politik für Menschen mit psychischen Erkrankungen 2025 bis 2029

Wahlprüfsteine

Hier finden Sie die Wahlprüfsteine, die die PtK Berlin an die Parteien zur Bundestagswahl 2025 gesandt hatte. Insgesamt wurden sieben Themenbereiche mit eingeschlossen, darunter u. a. die Wartezeiten, Prävention, Finanzierung der Weiterbildung und Auswirkungen des Klimawandels.

[weiterlesen »](#)



Aus dem Wahlprogramm

CDU/CSU

„Versorgung stärken. Wir entwickeln die Haus- und Kinderarztpraxen innovativ weiter. Sie soll eine stärkere Steuerungsfunktion der Patienten übernehmen, um zu einer besseren Koordination der Behandlungsabläufe beizutragen und die Wartezeiten auf Arzttermine zu senken. Gleichzeitig müssen wir alle Berufsgruppen von Bürokratie entlasten. Es gilt mehr Zeit für Behandlung zu schaffen. Geburtshilfe und medizinische Versorgung von Kindern und Jugendlichen gestalten wir zukunftsfest um. Familien müssen dort, wo sie wohnen, bestmögliche medizinische Versorgung erhalten. Wir wollen die ambulanten und stationären Versorgungsangebote für psychische Erkrankungen bedarfsgerecht verbessern, insbesondere für Kinder und Jugendliche.“ (Seite 68)

[zum vollständigen Programm »](#)



Aus dem Wahlprogramm

SPD

„Zudem wollen wir die Suchtprävention und die Prävention psychischer Erkrankungen stärken. Für junge Menschen in psychisch schwierigen Lebenslagen streben wir bundesweit niedrigschwellige, auch digitale Beratungsangebote an. Wir arbeiten weiter konsequent daran, dass alle Menschen, die eine Psychotherapie benötigen, zügig einen Therapieplatz erhalten. Der mutige Schritt, eine Psychotherapie zu machen, darf nicht zum Nachteil im Berufsleben werden.“ (Seite 30)

[zum vollständigen Programm »](#)



Aus dem Wahlprogramm

Bündnis 90/Die Grünen

„Die Versorgung von Kindern und Jugendlichen werden wir weiter verbessern und hierbei auch auf eine verlässliche Arzneimittelversorgung und den Abbau von Versorgungslücken bei Kinderärzt*innen und -psychotherapeut*innen achten.“ (Seite 90)

„Seelische und körperliche Gesundheit bedingen sich gegenseitig und sind ein Fundament für eine hohe Lebensqualität. Es ist nicht hinzunehmen, dass viele Menschen in einer psychischen Krise monatelang auf passende Hilfe warten müssen und die Suizidzahlen wieder steigen. Unser Ziel sind mehr Hilfen und weniger Stigma. Wir brauchen ein Suizidpräventionsgesetz. Zudem sollen Forschung, Therapie und Gesundheitsbildung gefördert werden. Alle Menschen, insbesondere Kinder und Jugendliche, sollen im Bedarfsfall niedrigschwellige Zugänge zu passgenauen psychosozialen und therapeutischen Angeboten haben. Deswegen werden wir Therapieplätze und psychiatrisch-psychosoziale Krisendienste bedarfsgerecht ausbauen sowie die Bedarfsplanung für psychotherapeutische Angebote modernisieren. Dabei nehmen wir besonders Kinder und Jugendliche in den Blick. Wir wollen die angemessene Finanzierung der Weiterbildung von Psychotherapeut*innen sicherstellen. Die psychiatrische Versorgung werden wir sektorübergreifend stärken. Wir setzen uns für eine gemeindenahe, menschenrechtsbasierte Versorgung ein – mit dem Ziel, Zwangsmaßnahmen zu vermeiden.

Psychosoziale Zentren für Geflüchtete werden wir stärken und das Recht auf Sprachmittlung

verankern. Auch die Versorgung schwer und chronisch erkrankter Menschen muss stärker in den Fokus rücken. Lücken im Übergang von stationärer Therapie zur ambulanten Reintegration möchten wir schließen.“ (Seite 95)

[zum vollständigen Programm »](#)



Aus dem Wahlprogramm

FDP

„Auch in der psychischen Gesundheit und im Bereich Mental Health wollen wir durch Entstigmatisierung und niedrigschwellige, digitale Angebote die Lebensqualität der Betroffenen stärken. Wir setzen uns für eine bessere psychotherapeutische Versorgung ein und wollen die Wartezeit auf einen Therapieplatz auf unter vier Wochen verkürzen. Bis zur Verkürzung der Wartezeiten wollen wir das Kostenerstattungsverfahren unbürokratischer machen und stärker standardisieren.“ (Seite 33)

[zum vollständigen Programm »](#)



Aus dem Wahlprogramm

Die Linke

„Wir wollen kommunale Versorgungszentren als Rückgrat der wohnortnahen Gesundheitsversorgung fördern! Sie sollen zentrale Anlaufstelle für Patient*innen sein und die ambulante Versorgung mit akutstationären, notfallmedizinischen, psychotherapeutischen,

(gemeinde-)pflegerischen und weiteren therapeutischen Behandlungen verbinden. Wir wollen, dass stationäre und ambulante Versorgung gemeinsam im Interesse des Gemeinwohls geplant und gestaltet wird.“ (Seite 19)

„Die gesellschaftlichen Zustände machen krank, auch psychisch. Es braucht präventive Maßnahmen, in allen politischen Bereichen eine Rolle spielen müssen („Mental health in all policies“). Daneben ist es notwendig, dass die Versorgung massiv ausgebaut wird: nicht nur, aber vor allem für Kinder und Jugendliche. Denn die psychotherapeutischen Angebote decken in vielen Regionen bei Weitem nicht den Bedarf. Solange nicht genügend zugelassene Psychotherapeut*innen zur Verfügung stehen, müssen Therapien unbürokratisch über das Kostenerstattungsverfahren ermöglicht werden. Dafür brauchen wir eine grundlegende Reform der Bedarfsplanung für vertragspsychotherapeutische Kassensitze, die sich nach dem realen Bedarf richtet. Die Ausbildungskosten für zukünftige Psychotherapeut*innen müssen gedeckelt werden. Psychotherapeut*innen in Ausbildung müssen einen Beschäftigungsstatus erhalten, der ihre Einbindung in Tarifstrukturen erlaubt. Die Finanzierung der Ausbildung durch die Weiterbildungsstätten muss gesetzlich geregelt werden.“ (Seite 19)

[zum vollständigen Programm »](#)



Aus dem Wahlprogramm

BSW

„Prävention, alternative Behandlungsformen, Psychotherapie und die schlichte menschliche Betreuung kommen unter die Räder zugunsten einer immer teureren „Reparaturmedizin“, der Bevorzugung von eingriffsbezogenen Diagnosen und der Behandlung von Akuterkrankungen zuungunsten von chronischen Mehrfacherkrankungen. Diese Fehlanreize müssen überwunden werden.“ (Seite 26)

„Wir wollen mehr Medizinstudienplätze und Ausbildungsplätze für Psychotherapeuten schaffen, mehr Pflegepersonal ausbilden und eine bessere Bezahlung.“ (Seite 27)

[zum vollständigen Programm »](#)



Gemeinsamer Aufruf von BÄK, BPtK, DHV, DKG, DPR, MB und ver.di

Für eine offene Kultur

Mit einem gemeinsamen Aufruf setzen sich Bundesärztekammer (BÄK), Bundespsychotherapeutenkammer (BPtK), Deutscher Hebammenverband (DHV), Deutsche Krankenhausgesellschaft (DKG), Deutscher Pflegerat (DPR), Marburger Bund (MB) und ver.di für eine offene Kultur in Deutschland ein. Fachkräfte aus dem Ausland sind unverzichtbar für eine flächendeckende Krankenhausversorgung. Auch deshalb muss Deutschland ein weltoffenes und tolerantes Land bleiben.

„Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte sind für ein menschliches, diskriminierungsfreies Gesundheitswesen essenziell. Menschen mit Migrationshintergrund sind und bleiben selbstverständlicher Teil unserer Gesellschaft. Das ist aktuell so, dafür wollen wir uns auch in Zukunft gemeinsam mit allen demokratischen Kräften einsetzen. In einer Demokratie tragen wir alle gemeinsam auch als Wählerinnen und Wähler Verantwortung, dass Deutschland ein tolerantes und weltoffenes Land bleibt“, heißt es in dem gemeinsamen Aufruf.

[zum gemeinsamen Aufruf zu einer offenen Kultur »](#)

Forderungen für die 21. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages

Politik für Menschen mit psychischen Erkrankungen 2025 bis 2029

In diesem Positionspapier der Bundespsychotherapeutenkammer geht es um Forderungen für die kommende Legislaturperiode des Deutschen Bundestages. Die fünf Schwerpunkte enthalten Forderungen zu Reformstau, Prävention, ambulanter und stationärer Versorgung, Digitalisierung und generellen guten Rahmenbedingungen.

[zum Positionspapier »](#)

(*) Wir haben die Wahlprüfsteine an die demokratischen Parteien im Bundestag gesendet. Der Vorstand hat entschieden, einer in Teilen vom Verfassungsschutz als gesichert rechtsextrem eingestuften Partei hier keine Plattform zu geben.

Psychotherapeutenkammer Berlin

KöR, Kurfürstendamm 184, 10707 Berlin

Tel. +49 30 8871400, Fax. +49 30 88714040, E-Mail: info@psychotherapeutenkammer-berlin.de

[Kontakt](#) | [Impressum](#) | [Datenschutz](#) | [Newsletter abmelden](#)